

## SHORT NEWS

**Aquasud : nouvelles vagues**

Ils n'y sont pas allés avec le dos de la cuillère : lors du championnat national de natation qui s'est déroulé les 1er et 2 décembre, l'équipe differdangeoise SCD était apparue accoutrée de manière plutôt originale : les jeunes nageurs, leurs parents ainsi que les entraîneurs portaient des t-shirt noirs ornés d'un crucifix au-dessus de l'inscription « R.I.P. SCD ». Malgré l'étonnement général, y compris de l'échevin aux sports, Jean Lorgé (DP), le SCD craint vraiment de ne pas pouvoir fêter prochainement son 90e anniversaire. La raison ? Le nouveau gestionnaire du centre wellness controversé, le fameux Aquasud. Ce grand projet, qui devrait être finalisé l'année prochaine, initié par la ville de Differdange, est réalisé sur la base d'un « PPP » (partenariat public-privé). Autrement dit, le bâtiment est construit par la ville, mais la gestion est prise en main par une société privée, en l'occurrence la société française Vert Marine. En amont de la conclusion de l'accord entre la ville et Vert Marine, les critiques concernant ce partenariat s'étaient déjà élevées : elles redoutaient non seulement une privatisation rampante, mais aussi une perte de contrôle du public sur la gestion du centre. C'est en tout cas ce qui semble être à l'origine du mouvement de protestation lors du championnat. En effet, des responsables de la société auraient appris aux responsables du club de natation que Vert Marine allait reprendre l'entraînement des jeunes nageurs, ne laissant au club plus que la responsabilité des compétitions de haut niveau. Or, hormis le fait que ces compétitions tapent dans la caisse du sport, c'est surtout à travers l'encadrement des jeunes nageurs que le club se finance, grâce aux chèques-service et aux subsides accordés par enfant. En clair, le club risque de perdre les deux tiers de ses revenus, ce qui pourrait le forcer de mettre une fin à ses activités. Lors d'une session du conseil communal du 7 décembre, le conseiller Gary Diederich (Déi Lénk) avait interpellé le bourgmestre Claude Meisch (DP) pour savoir si cette version des faits correspond à la réalité. Sans donner plus de détails, Meisch affirma qu'un certain nombre de questions restaient à éclaircir et qu'il allait pour cela se réunir à nouveau avec Vert Marine. Et de promettre qu'« une solution sera finalement trouvée ». Il faudrait toutefois se méfier : Vert Marine, qui gère en France une bonne soixantaine d'installations nautiques, ne semble pas être un patron facile. L'an passé, un conflit social agita la société qui fut accusée par la CGT de ne pas respecter les cadences de travail des salariés. La ville de Differdange a intérêt à discuter de nombreux points avant d'avaliser définitivement un accord gagnant-perdant.

**Sommersmog im Dezember?**

Bei der Auseinandersetzung mit Questions parlementaires ist es für Minister nicht immer leicht, einen kühlen Kopf zu bewahren. Hat Marco Schank deswegen drei Fragen zum Thema Sommersmog erst mit dem ersten Frost beantwortet? Als erster wollte Camille Gira wissen, ob auch die Verwaltungen bei Sommersmog auf Autofahrten verzichten, und ob die bestehende Geschwindigkeitsbegrenzung auf 90 km/h ausreiche. Für Fernand Etgen geht letztere Maßnahme schon zu weit, und er empfahl ihre Aufhebung. Als Dritter hieb Fernand Kartheiser in die gleiche Kerbe und fragte provozierend: „Gibt es auch nur eine einzige Messung im Land, die eine wie auch immer nachweisbare Senkung des Ozons durch die Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Straßen und Autobahnen glaubwürdig dokumentiert?“ Nein, muss der Minister in seiner Antwort einräumen, und eigentlich würden langfristige Maßnahmen auf europäischer Ebene mehr bewirken als die sehr begrenzten nationalen Maßnahmen. Schank erwähnt die Senkung der Verbrauchs- und Emissionswerte für Neuwagen, vergisst aber zu erwähnen, dass diese immer wieder von der Autoindustrie sabotiert wird. Die zweifelhafte Geschwindigkeitsbegrenzung rechtfertigt der Minister mit dem Hinweis auf den Sensibilisierungseffekt - schließt aber eine „Neubewertung“ der Maßnahmen nicht aus.

## AKTUELL

ARBEIT / BEHINDERUNG

# Schwerer Einstieg

Christiane Walerich

**Der Diskussionsabend bei Info-Handicap zum Thema „Berufliche (Wieder-)eingliederung von Menschen mit Behinderungen“ hat gezeigt, dass es nach wie vor an einer berufsorientierten Schulausbildung und an einer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren fehlt.**

Was gibt es an Maßnahmen, um Menschen mit einer Behinderung eine Arbeit zu vermitteln? Sind sie ausreichend vernetzt, reichen sie aus? Das sind nur zwei der Fragen, die diese Woche bei dem von Info-Handicap organisierten Rundtischgespräch zum Thema „Berufliche (Wieder-)eingliederung von Menschen mit Behinderungen“ im Mittelpunkt standen. Luxemburg hat die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert, und es wurde ein Aktionsplan, unter anderem zum Thema Arbeit, erstellt, um den Inhalten der Konvention Rechnung zu tragen. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Bestandsaufnahme des aktuellen Systems sinnvoll.

Anwesend bei der Veranstaltung waren denn auch Vertreter des Arbeitsamtes, des „Département des travailleurs handicapés“ des OGBL, der „Union des Entreprises Luxembourgeoises“ und von Beratungsstellen wie dem „Réseau pour le Travail et la Promotion Humaine“ (RTPH) und dem „Job Coaching“.

„Gerade in den letzten Jahren ist es extrem schwer geworden, Menschen mit Behindertenstatus auf eine Arbeitsstelle zu vermitteln oder in Arbeit zu behalten“, stellt Jeff Hurt von der Adem fest. Und das, obwohl es finanzielle Anreize für den Arbeitnehmer gibt, der eine behinderte Person einstellt.

Festgehalten wurde auch an diesem Abend, wie wichtig adäquate Weiterbildungen oder überhaupt die Schulausbildung ist, um Menschen mit Behinderungen auf das Berufsleben vorzubereiten und nicht nur in die bereits überfüllten „Ateliers protégés“ umzulenken. Zu viele Menschen mit Behinderungen arbeiten in „geschützten“ Werkstätten oder sind in ihrer Berufswahl drastisch eingeschränkt. Die Ausbildungen müssten sich stärker an den Bedürfnissen des aktuellen Arbeitsmarktes orientieren. Dazu sei auch ein regelmäßiges Feedback und ein Austausch mit Arbeitgebern notwendig. Es müsste viel früher ein Netzwerk zwischen Arbeitgebern



FOTO: FLICKR ALLAIN BACHELIER

und Schulen geschaffen werden, auch um über Praktikumsmöglichkeiten zur Verfügung stellen zu können. „Zu kurz gekommen ist in der Vergangenheit auch die Weiterbildung der Personaldelegierten in diesem Bereich. Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um Vorurteile abzubauen oder die Barrieren in den Köpfen zu beseitigen“ so Carlos Perreira vom OGBL.

„Viele traditionelle Berufe sind dabei zu verschwinden. Und wenn jemand über eine längere Phase krank war und wieder arbeiten will, muss erst einmal herausgefunden werden, was er kann und was möglich ist“, so Andrée Biltgen vom RTPH. Schwierig werde es auch, wenn im Rahmen von Weiterbildungen nicht auf die konkreten Bedürfnisse einer behinderten Person eingegangen wird, also zum Beispiel einer sehbehinderten Person nicht das angemessene aktuelle Lernmaterial zur Verfügung gestellt werden kann.

Unternehmen ziehen es meist vor, behinderte Mitarbeiter einzustellen, die schon vorher dort gearbeitet haben, statt anderen durch Neueinstellungen eine Chance einzuräumen, erklärt Pierre Bley, UEL-Direktor. „Hier fehlt es noch an Aufklärung. Viele Arbeitgeber schrecken auch vor einer Einstellung zurück, da sie Angst vor einer zu intensiven Betreuung haben“. Eine Hilfestellung bei der Einarbeitung oder Arbeitsorganisation könnte die persönliche Assistenz leisten, ein Konzept, das schon seit längerem von der behinderungsübergreifenden Selbstvertehrerorganisation „Nemme mat eis“ gefordert wird. Ein persönlicher Assistent - bezahlt mit dem Geld, auf das die Menschen mit einer Behinderung ohnehin Anspruch haben - könnte hier auch mehr Freiräume schaffen.

Weitere Infos unter:  
<http://www.info-handicap.lu/>